

zu Geschäften mit grossem Schadenspotential bei der Basler Kantonalbank, insbesondere zum Handel mit strukturierten Produkten

Die Basler Kantonalbank musste mehrere Vorfälle von zu geringem Risikobewusstsein verzeichnen (US-Kunden, ASE-Problem). Dabei ist in der Diskussion bisher übersehen worden, dass die BKB Geschäfte macht, die ein viel grösseres Schadenpotential haben. Allen voran ist die Ausgabe von strukturierten Produkten zu nennen. Strukturierte Produkte sind komplexe Finanzpapiere, in denen verschiedene Risiken „verpackt“ und weiter verkauft werden. Unter anderem hat der Ausfall von solchen strukturierten Produkten im Jahr 2008 zum Bankrott der Investmentbank Lehman Brothers geführt und die weltweite Finanzkrise mit ausgelöst. Weil der Herausgeber der Produkte für diese haftet, gibt die Staatsgarantie in diesem Geschäft der BKB einen Wettbewerbsvorteil. Es gibt nur wenige Emittenten mit einem AA+ Rating, wie die BKB eines hat. Die Staatsgarantie ist also das Top- Verkaufsargument der BKB für solche Produkte und wird auf sämtlichen Termsheets prominent hervorgehoben. Dafür war die Staatsgarantie aber nie gedacht. Die BKB emittiert diese Produkte via die BKB Finance Ltd. mit Sitz in der Steueroase Guernsey. Gemäss Informationen des Interpellanten beträgt das Kontraktvolumen über 100 Milliarden Franken (!). Neben den strukturierten Produkten sind auch Grosskredite (bilaterale Limiten, Konsortialkrediten, Club Deals) sowie der Eigenhandel, d.h. der Handel mit Wertschriften auf eigene Rechnung und eigenes Risiko, als in Frage zu stellende Geschäfte zu nennen.

Der Regierungsrat wird bald die Änderung des BKB Gesetzes in die Vernehmlassung schicken. Zudem steht die Entscheidung über die Neuwahl des Bankrats an. Dies sind wichtige Weichenstellungen. Die Grossrätinnen und Grossräte haben keine Möglichkeit, Auskünfte zur BKB vom Bankrat zu erhalten. Gemäss Kantonalbankengesetz (§17 Abs.3) „vermittelt“ jedoch der Regierungsrat „den Verkehr“ zwischen Grosse Rat und Bankrat. Vor diesem Hintergrund möchte der Interpellant mehr Informationen über die Haltung des Bankrats und des Regierungsrats zu folgenden Fragen:

1.
 - a) Ist es richtig, dass die BKB strukturierte Produkte im Werte von über 100 Milliarden ausgegeben hat?
 - b) Wie hoch ist der Betrag genau aktuell?
2. Bei Ausfall des strukturierten Produkts haftet der Emittent (siehe Lehman Brothers).
 - a) Welche finanzielle Belastung käme auf den Kanton zu, wenn nur 10% der von der Kantonalbank über ihre Finanzgesellschaft in Guernsey ausgegebenen Papiere ausfallen würden und die BKB die Verluste tragen müsste?
 - b) Welche Folgen hätte ein solcher Schaden für den Kanton Basel-Stadt?
3.
 - a) Findet es der Regierungsrat richtig, dass die BKB die Staatsgarantie zu Hilfe nimmt, um mit einem Marktvorteil strukturierte Produkte in gigantischem Ausmass auszugeben?
 - b) Findet es der Regierungsrat verantwortbar, dass dazu Steuergelder ins Risiko genommen werden?
4.
 - a) Wie stellt sich der Bankrat dazu? Befürwortet der Bankrat bewusst und explizit die Ausgabe von strukturierten Produkten in diesem gigantischen Ausmass?
 - b) Ist die Meinung im Bankrat dazu einhellig oder gibt es eine Minderheit, die dagegen ist?
5. Gemäss Kantonalbankengesetz (§7 Abs. 2) sind der BKB „besonders riskante Geschäftsarten“ untersagt. Der Regierungsrat muss die Einhaltung der kantonalrechtlichen Vorschriften über die Kantonalbank überwachen (§17 Abs. 1), also auch §7. Taxiert der Regierungsrat die Ausgabe von strukturierten Produkten in diesem Ausmass nicht als besonders riskante Geschäftsart im Sinne des Gesetzes? Wenn Nein, warum nicht? Wenn doch, warum ist er nicht dagegen eingeschritten?
6.
 - a) Findet der Regierungsrat, es sei richtig und Aufgabe unserer Kantonalbank, an börsenkotierte Unternehmen in der ganzen Schweiz Grosskredite zu vergeben und dazu Steuergelder ins Risiko zu nehmen?
 - b) Beschränkt sich dieses Geschäft auf die Schweiz?
 - c) Wie stellt sich der Bankrat dazu? Befürwortet der Bankrat bewusst und explizit die Ausgabe von Grosskrediten?
 - d) Ist die Meinung im Bankrat dazu einhellig oder gibt es eine Minderheit, die dagegen ist?

7. a) Findet es der Regierungsrat richtig und Aufgabe unserer Kantonalbank, dass sie Eigenhandel betreibt und dazu Steuergelder ins Risiko nimmt?
- b) Welchen Umfang nimmt dieser Eigenhandel ein?
- c) Wie stellt sich der Bankrat dazu? Befürwortet der Bankrat bewusst und explizit den Eigenhandel?
- d) Ist die Meinung im Bankrat dazu einhellig oder gibt es eine Minderheit, die dagegen ist?

David Wüest-Rudin